

Protokoll

über die 30. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales
der Stadt Wedel am Dienstag
dem 07.06.2016, im Sitzungsraum Wolgast des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:21 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener	ordentliches Ausschussmitglied
Herr Julian Fresch	stellvertr. Ausschussmitglied (Bürger)
Frau Heidemargret Garling	ordentliches Ausschussmitglied
Frau Ursula Lauenstein	ordentliches Ausschussmitglied (Bürgerin)
Herr Jan Lüchau	ordentliches Ausschussmitglied

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan	ordentliches Ausschussmitglied
Frau Gudrun Nagel	ordentliches Ausschussmitglied (Bürgerin)

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer	stellvertr. Ausschussmitglied
Frau Aysen Ciker	ordentliches Ausschussmitglied

SPD-Fraktion:

Frau Ursula Grabbert	ordentliches Ausschussmitglied (Bürgerin)
Frau Jutta Kross	ordentliches Ausschussmitglied (stellvertr. Vorsitzende)

FDP-Fraktion:

Frau Andrea Spangenberg	stellvertr. Ausschussmitglied (Bürgerin)
-------------------------	--

Fraktion DIE LINKE:

Frau Barbara Kautz	ordentliches Ausschussmitglied (Bürgerin)
--------------------	---

Seniorenbeirat:

Herr Hans-Joachim Dahm	Seniorenbeirat
Frau Dagny Henning	Seniorenbeirat (Vertreterin für Hr. Dahm)

Jugendbeirat:

Frau Marieke Leidner	Jugendbeirat
Herr Tai Tran	Jugendbeirat



Protokoll der 30. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Jugend und
Soziales
vom 07.06.2016

Verwaltung:

Frau Anja Rose
Herr Ralf Waßmann
Frau Yvonne Wild

kommissarische Fachdienstleiterin
Fachbereichsleiter
Schriftführerin

Gäste:

Frau Astrid Otto
Frau Nina Schilling

Frauenhaus Wedel
Frauenhaus Wedel

Es fehlte entschuldigt:

CDU-Fraktion:

Herr Oliver Kusber

ordentliches Ausschussmitglied (Bürger)

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gudrun Jungblut

ordentliches Ausschussmitglied

FDP-Fraktion:

Frau Anne Szews

ordentliches Ausschussmitglied (Bürgerin)

Um 19:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Degener alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Es sind 12 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Er weist auf die voraussichtlich nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2 hin, bittet die Verwaltung um kurze Erklärung und bittet sodann um Abstimmung:

12 Ja/0 Enthaltungen/0 Nein

Die Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2 werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorgestellt.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

1.) Einwohnerfragestunde

2.) Anhörung der Beiräte

2.1 Protokoll des Seniorenbeirates

2.2 Antrag des Seniorenbeirates



2.3 Antrag des Jugendbeirates

3.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 29. Sitzung vom 10.05.2016.

4.) Berichtswesen der Stadt Wedel

**4.1 Jahresbericht 2015 des Frauenhauses (Quantitäts- und Qualitätsbericht
des Autonomen Frauenhauses Wedel)
Vorlage: MV/2016/049**

4.2 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

5.) Mitteilungen und Anfragen

5.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

**5.2 Städtische Wohnunterkunft Heinestraße - Ablehnung des
Satzungsbeschlusses
Vorlage: MV/2016/048**

**5.3 Wahl des 9. Seniorenbeirats der Stadt Wedel
Vorlage: MV/2016/053**

5.4 Aktuelle Flüchtlingszahlen

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

6.) Mitteilungen und Anfragen

6.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

6.2 Sozialpreis der Stadt Wedel

7.) Anfragen

8.) Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Herr Dr. Bakan betritt um 19:03 Uhr den Raum. Es sind somit 13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Fragen werden nicht gestellt.

2.) Anhörung der Beiräte

2.1.) Protokoll des Seniorenbeirates

Herr Degener weist auf das Protokoll des Seniorenbeirates hin und bittet Frau Henning und Herrn Dahm, gute Wünsche an Frau Dr. Klug auszurichten.

Weiterhin erkundigt er sich, wie es mit dem im Protokoll benannten Antrag der SPD weiter geht. Dieser gehe zunächst in den Ausschuss, danach in den Rat.

Herr Fresch erkundigt sich, ob es Neuigkeiten in Sachen Busverbindung gebe. Herr Dahm erklärt, dass er mit dem Ansprechpartner Kontakt aufgenommen habe und weiter am Ball bleibe.

Herr Dr. Bakan erkundigt sich, wer die Wahl des Seniorenbeirates durchführe, wenn nicht das Wahlbüro. Herr Waßmann antwortet, dass dies im Fachbereich 1 abgewickelt werde.

2.2.) Antrag des Seniorenbeirates

Herr Degener verliest den Antrag für den Seniorenbeirat und bittet um Stellungnahmen aus dem Gremium.

Herr Fresch erkundigt sich bei der Verwaltung, wieso der Ausschuss damals so benannt wurde. Herr Waßmann erläutert, dass mit Änderung der Verwaltungsstruktur und der Zuständigkeitsordnung weitere Aufgaben an diesen Ausschuss gegeben werden sollten. Da diese ehemals im Bereich Kinder, Jugend und Kultur angesiedelt waren, wurde der Name gewählt, um die neuen Aufgaben klar zuzuordnen. Es ging darum, dass der Ausschuss gestärkt werden sollte.

Herr Degener erklärt, dass an der Argumentation des Seniorenbeirats etwas dran sei und er dem folgen könne.

Herr Dr. Bakan hinterfragt, ob eine Änderung während der Legislaturperiode sinnvoll sei.



Herr Degener weist darauf hin, dass lediglich eine namentliche Änderung beantragt sei, an dem Aufgabenspektrum solle sich nichts ändern. Er nennt die Gleichstellungsbeauftragte als Beispiel, dass auch diese Themen im Ausschuss für Jugend und Soziales behandelt werden, sich im Namen jedoch nicht wieder fänden. Weiterhin werde die Namensänderung erst mit der nächsten Hauptsatzungsänderung umgesetzt.

Frau Garling erinnert, dass der Seniorenbeirat ursprünglich eine Erweiterung des Titels angedacht hatte; nun wird es globaler gehalten, was sie sehr gut mit tragen könne.

Sodann bittet Herr Degener um Abstimmung:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat mit 11 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen:

Der Rat möge beschließen, den jetzigen „Jugend- und Sozialausschuss“ in „Sozialausschuss“ umzubenennen und die Hauptsatzung entsprechend zu ändern.

Herr Waßmann erklärt im Anschluss an die Abstimmung, dass die Verwaltung das weitere Vorgehen prüft; gegebenenfalls sei der Haupt- und Finanzausschuss zu beteiligen.

2.3.) Antrag des Jugendbeirates

Frau Leidner erklärt eingangs, dass es einen Fehler in der Formulierung gegeben habe; der Jugendbeirat wolle heute zunächst eine Anfrage stellen und unter Umständen im Nachgang einen Antrag formulieren.

Herr Waßmann antwortet allgemein auf die Frage, dass in der Vergangenheit bei größeren Vorhaben Informationsveranstaltungen durchgeführt wurden. Im Jahr 2015, in dem wir eine starke Entwicklung in diesem Bereich erlebt hätten, gab es die Informationsveranstaltung wegen des Baus der Unterkunft am Ansgariusweg sowie die Einwohnerversammlung, die sich komplett mit dem Thema befasst habe. Seit September 2015 wurden jedoch jede Woche derart viele Menschen den Kommunen zugewiesen, dass die Stadt Wedel schnell auf dezentrale Unterbringung in angemieteten Wohnungen gesetzt habe, um den Ansturm bewältigen zu können. Es seien etwa 85 Wohnungen angemietet, die sich auf das gesamte Stadtgebiet verteilten. Hier gebe es keine Beteiligung der Anlieger, da die dort eingewiesenen Menschen die Chance haben sollten, als Nachbarn wie jeder andere anzukommen.

Darüber hinaus sei das Bauvorhaben an der Feldstraße durch das Bürgerbegehren bereits intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert worden, auch in der Berichterstattung. Wenn der Jugendbeirat jedoch Hinweise habe, solle er diese der Verwaltung gern mitteilen, damit eine anlassbezogene Öffentlichkeitsarbeit vorgenommen werden könne.

Frau Leidner erläutert den Hintergrund der Frage; der Jugendbeirat beobachte mit Sorge, dass die Stimmung insbesondere in den sozialen Netzwerken sich geändert habe. Um dem entgegen zu wirken, wünsche sich der Jugendbeirat mehr Öffentlichkeitsarbeit, die mit Gerüchten aufräumen solle.

Herr Degener erkundigt sich, ob nicht über Wedel.de eine Aufklärung in dem Sinne gemacht werden könne. Er untermauert die Argumentation Herrn Waßmanns und ergänzt, dass die letzte Information der Verwaltung als Anwohnerbrief versendet wurde, als die



Anmietung des Hauses Sonnenschein spruchreif wurde. Dort solle im Laufe dieser Woche eine weitere Familie einziehen.

Frau Kross erklärt, dass sie den Antrag des Jugendbeirats mit Wohlwollen gelesen habe. Die SPD habe mehrfach auf die Wichtigkeit hingewiesen, die Menschen rechtzeitig mitzunehmen. Am Ansgariusweg sei damals alles sehr positiv gelaufen, es gebe einen guten Nachbarkontakt. Dies könne durch die Informationsveranstaltung so gelaufen sein. Weiterhin erinnert sie an das Vorhaben am Marienhof. So viele Besucher im Ausschuss habe es noch nie gegeben, wie in der Zeit, als es dort Pläne gab, eine Notunterkunft zu installieren.

Zu wedel.de wolle sie sagen, dass die von Herrn Rose gepflegte Seite bereits sehr gut sei. Vielleicht könne diese noch bekannter gemacht werden.

Frau Kross erläutert, dass ihr Gedanke, die Politik mit dem Haupt- und Ehrenamt zu verknüpfen genau diesen Hintergrund gehabt habe.

Herr Dr. Bakan stellt fest, dass die Rahmenbedingungen sich verändert hätten. Es sei sicher sinnvoll, eine Informationsveranstaltung zu organisieren, wenn ein Bau konkret in Vorbereitung ist.

Herr Degener berichtet, dass er mit dem Fachdienst andiskutiert hatte, die Herrichtung der Unterkunft Industriestraße als Anlass für eine Veranstaltung zu nehmen.

Herr Waßmann weist darauf hin, dass nicht alle Informationen an die Öffentlichkeit gegeben werden sollten, da es sich teilweise um vertrauliche Informationen handele. Er wolle an dieser Stelle kurz berichten, dass es auch keinesfalls so sei, dass derzeit keine Menschen mehr in Wedel ankämen, weil die Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein bereits auf 12 % Belegungsquote reduziert wurden. Die Zuweisungen sind in 2016 immer noch stärker als in 2015 zur gleichen Zeit, jetzt kämen immer mehr Menschen im Zuge der Familienzuzüge.

Feststellbar sei in jedem Falle, dass die Internetkommunikation immer mehr und wichtiger geworden sei.

Herr Degener vertritt die Meinung, dass man sich auch den Kritikern stellen müsse.

Frau Garling erklärt, dass sie sich gefreut hatte, als die hauptamtlichen Kräfte in der Sitzung des Ausschusses etwas wie Normalität dargestellt hatten. Sie würde sich wünschen, dass die Presse mehr über eben diese erfolgreiche Normalität berichten würde.

Frau Kross erkundigt sich, wie der Sachstand bezüglich der Anfrage Herrn Erdmanns aus dem letzten Rat sei. Frau Rose berichtet, dass er telefonisch darüber informiert wurde, dass zum heutigen Ausschuss noch keine Antwort vorliege.

Herr Waßmann ergänzt, dass die Frage Herrn Erdmanns als Eingabe gewertet wurde und somit im Fachausschuss beraten werden wird.

Herr Degener äußert den Wunsch, dass Herr Erdmann hierüber informiert werden soll, was zugesagt wird.

Sodann geht er zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

3.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 29. Sitzung vom 10.05.2016.



Herr Degener fragt, ob aus dem Gremium Einwände gegen das Protokoll erhoben werden.

Frau Grabbert meldet sich und erklärt, dass sie in der letzten Sitzung nicht anwesend gewesen sei. Ihr Name werde jedoch in der Anwesenheitsliste geführt und sie werde im Text des Protokolls auf Seite 8 zitiert. Sie bittet um Richtigstellung.

Mehrere Mitglieder des Gremium meinen sich zu erinnern, dass der Frau Grabbert zugeschriebene Satz eigentlich von Frau Garling geäußert worden sei.

Frau Nagel bittet, Frau Neumann-Rystow in der Anwesenheitsliste mit dem Zusatz „stellvertretendes Mitglied“ zu versehen.

Frau Kross weist darauf hin, dass im Text festgestellt sei, dass Herr Fresch ab 19:25 anwesend gewesen sei; diesen Zusatz vermisste sie in der Anwesenheitsliste.

Herr Degener lässt über das Protokoll mit diesen Änderungen abstimmen:

Der Ausschuss beschließt mit 9 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltungen:

Das Protokoll der 29. Sitzung vom 10.05.2016 wird mit Änderungen genehmigt.

4.) Berichtswesen der Stadt Wedel

4.1.) Jahresbericht 2015 des Frauenhauses (Quantitäts- und Qualitätsbericht des Autonomen Frauenhauses Wedel) Vorlage: MV/2016/049

Herr Degener begrüßt nochmals Frau Schilling und Frau Otto für das Frauenhaus. Er erläutert den auf der Mitteilungsvorlage enthaltenen Hinweis, dass der Bericht des Frauenhauses vertraulich verteilt wurde und bittet das Gremium, schützenswerte Daten nicht öffentlich zu sagen.

Frau Otto bedankt sich für das Interesse des Ausschusses an der Arbeit des Frauenhauses Wedel. Da der Bericht ursprünglich für das Land verfasst wurde, würde sie gern die Gelegenheit nutzen und ein paar Dinge zu Wedel sagen.

Die Belegung mit 66 Personen in 2015 war geringer als im Vorjahr; die Gründe hierfür seien im Berichtsteil festgehalten. Die Aufenthaltsdauer hat sich verändert, was auf die enge Wohnungsmarktsituation zurück zu führen sei. Oftmals seien die Wohnungen zu teuer, so dass die Frauen gezwungen sind, länger zu bleiben, als eigentlich notwendig wäre.

Ein sehr intensiver Bereich sei die Arbeit mit Kindern. Durch das Umgangs- und Sorgerecht sowie das Gewaltschutzgesetz komme es häufig zu bedrohlichen Situationen.

Herr Degener hinterfragt dieses und erkundigt sich, wie es dazu komme.

Frau Otto erläutert, dass ein Aspekt des Kindeswohls sei, dass das Kind Kontakt zu beiden Eltern haben solle. Bei den Übergaben komme es dann häufig zu Übergriffen auf die Frauen.



Frau Garling vermutet, dass es eine hohe Dunkelziffer gebe, auch wenn Frauen ins Frauenhaus kommen, sich aber entschließen, in die Beziehung zurück zu gehen. Sie erkundigt sich, wie diese Frauen betreut werden.

Frau Otto bestätigt, dass ihre Statistik nur die Frauen erfasse, die ins Frauenhaus kommen. Für Frauen, die in eine Gewaltbeziehung zurückkehren, gibt es einen Plan, in dem festgehalten ist, was zu tun ist, wenn es wieder zu Gewaltvorfällen kommen sollte. Wenn Kinder betroffen sind, ist das Jugendamt mit einbezogen.

Frau Garling erkundigt sich, in welchen Fällen Frauen andere Frauenhäuser aufsuchen.

Frau Otto erläutert, dass dies sinnvoll sei, wenn die Frauen in Wedel zu bedroht seien oder um eine neue Perspektive aufzubauen.

Herr Dr. Bakan erkundigt sich, ob die Raumaufteilung des Hauses in Vergleich zu anderen Einrichtungen eher ungünstig sei. Frau Otto erläutert, dass die Häuser sehr unterschiedlich gebaut seien, was zu unterschiedlichen Problemen führe.

Frau Kross fragt, ob die Flüchtlingskrise sich auch auf die Frauenhäuser auswirke.

Frau Otto erklärt, dass dies in der Statistik noch nicht ablesbar sei, dass hier aber gerade eine Auswertung statt finde. Sie weist darauf hin, dass die Mehrzahl im zweiten Halbjahr 2015 nach Wedel gekommen sei. Die Menschen kämen nun gerade an und die Frauen müssten noch lernen, dass sie in Deutschland andere Rechte haben.

Das Frauenhaus möchte gern in die Sprachkurse der VHS gehen und dort ein Modul anbieten, was die Thematik behandelt.

Frau Kross erkundigt sich, ob man für 2016 sagen könne, dass die 4 hauptamtlichen Flüchtlingshelfer sich hilfreich einbringen könnten?

Frau Otto bestätigt, dass die Zusammenarbeit gut laufe und dass eine Vernetzung gewollt sei.

Eine Schwierigkeit für Tippgeber sei, dass die Frauenhäuser sehr anonym arbeiten und keinerlei Informationen heraus geben, sobald sie eine Frau betreuen. Dies sei insbesondere enttäuschend für die Hinweisgeber, wenn sie aus dem ehrenamtlichen und/oder persönlichen Umfeld einer Betroffenen kommen und gern wissen möchten, wie es der Frau ergeht.

Frau Otto erklärt, dass das Gewaltschutzkonzept für die Notunterkünfte sehr begrüßt wird.

Frau Garling informiert sich, ob angesichts der Vielzahl der Aufgaben das Stundenkontingent ausreichend sei.

Frau Otto erklärt, dass zum Beispiel die Teilnahme im Fachbeirat aus der Zeit entstanden sei, als eine Schließung des Hauses drohte und die Mitarbeit an der Richtlinie Teil der Frauenhausarbeit sei.

Frau Nagel erkundigt sich, wie es sich mit dem externen Raum verhält. Dieser sei mit Hilfe von Spendengeldern wegen baulicher Gegebenheiten angemietet worden, da die Raumaufteilung im Haus selbst keinen Platz für einen Beratungsraum bietet. Es wird die Hoffnung geäußert, diesen langfristig in die Landesfinanzierung hinein zu bekommen, da er benötigt wird.

Weiterhin fragt Frau Nagel, wann die Garage fertig werde. Dies soll in der kommenden Woche der Fall sein.

Frau Ciker möchte wissen, wie es bei der Hausversammlung mit den unterschiedlichen sprachlichen Hintergründen funktioniert.

Frau Otto berichtet, dass die Frauen oft erstaunlich schnell Sprachen lernen und sich verständigen können. Im Zweifel werden Sprachmittlerinnen hinzu gezogen.



Frau Ciker fragt, ob diese ehrenamtlich arbeiten. Frau Otto antwortet, dass es sich dann um Honorarkräfte handele.

Frau Ciker erkundigt sich weiterhin, warum im Rahmen des Gewaltschutzgesetzes keine Auszüge von Frauen stattgefunden haben. Frau Otto berichtet dazu, dass dies in den Regularien des Gesetzes begründet sei. Es wird eine Maßnahme formuliert, in der klar benannt wird, wo der Mann sich nicht nähern darf. Dies führe dazu, dass der Aufenthaltsort der Frau bekannt werde, was für Frauen, die den Weg ins Frauenhaus gehen mussten, ein großes Problem darstellt. Hier ist Anonymität sehr wichtig.

Das Gewaltschutzgesetz ist eher für Frauen sinnvoll, die an ihrem Wohnort bleiben können. Zuletzt erkundigt sich, wie die Frauen ihre schulische und/oder Berufsausbildung fortsetzen können. Dies funktioniert, da Arbeitgeber oft flexibel reagieren, zum Beispiel wenn es sich um einen Filialbetrieb handelt und einen Arbeitsplatz innerhalb der Kette vermitteln kann. Außerdem ist das Frauenhaus in der Beratung sehr flexibel und bietet Termine am Abend für die berufstätigen Frauen.

Frau Kautz dankt dem Frauenhaus für die Arbeit. Sie äußert ihre Betroffenheit, dass eine solche Einrichtung über Spenden mitfinanziert werden muss und sich mit den engen Räumlichkeiten arrangieren muss.

Frau Nagel fragt, in welchem Alter die Frauen aufgenommen werden.

Frau Otto berichtet, dass Mädchen von 0-18, Jungs nur bis 14 als Kinder von Bewohnerinnen mit aufgenommen werden. Die Frauen können das Haus ab 18 beanspruchen. Für jüngere Frauen gibt es ein Mädchenhaus.

Herr Degener ergänzt, dass es in Elmshorn auch ein Haus für junge Mütter gebe.

Frau Spangenberg schließt sich den Ausführungen von Frau Kautz an. Sie fragt, ob das Haus nicht durch das Land und die Stadt finanziert werde? Frau Otto bestätigt, dass das Haus voll in der Landesfinanzierung sei und dass die Stadt einen Teil der Arbeit mitfinanziere. Spendengelder werden für Extras gesammelt und verwendet, die Kosten müssten voll durch Fördermittel abgedeckt sein.

Aus dem Gremium wird die Meinung vertreten, dass der Schutz vor Gewalt eine staatliche Aufgabe sei.

Herr Degener dankt Frau Otto und Frau Schilling für den Besuch und sagt die Unterstützung des Ausschusses zu.

4.2.) Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Frau Rose berichtet, dass das DRK Wedel einen Antrag wegen Akutbedarfes bei der Stadt eingereicht habe. Es betrifft einen Teil der Fassade der Begegnungsstätte, die Kosten belaufen sich auf rund 10.000,-€. Der Fachdienst Gebäudemanagement prüft gerade, ob es sich um einen Akutbedarf handele.

Herr Waßmann erklärt, dass er im Kuratorium des Heinrich-Gau-Heimes den Platz Herrn Wleklinskis eingenommen habe.

Frau Lauenstein berichtet bei der Gelegenheit, dass sie im Wedel-Schulauer-Tageblatt eine Stellenanzeige für die Leitung des Wedeler Hauses gesehen habe.



5.) Mitteilungen und Anfragen

Herr Degener weist darauf hin, dass der aktuelle BAG-Infobrief im Internet unter wedel.de der Einladung dieser Sitzung beigelegt ist.

5.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Es gibt nichts zu berichten.

5.2.) Städtische Wohnunterkunft Heinestraße - Ablehnung des Satzungsbeschlusses Vorlage: MV/2016/048

Herr Degener weist darauf hin, dass im vergangenen Rat eine geänderte Stimmung spürbar gewesen sei, so dass die Thematik im Planungsausschuss noch einmal neu verhandelt würde.

5.3.) Wahl des 9. Seniorenbeirats der Stadt Wedel Vorlage: MV/2016/053

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

5.4.) Aktuelle Flüchtlingszahlen

Herr Degener weist auf die aktuellen Flüchtlingszahlen hin, die vom Land gemeldet wurden; diese seien hochinteressant.

Frau Rose ergänzt mit den Zahlen für Wedel, dass im Mai insgesamt 22 Personen in der Stadt angekommen seien. Für Juni seien bisher nur 7 Personen gemeldet. Weiterhin seien 32 Personen für Familienzuzüge angekündigt; allerdings sei unbekannt, ob und wann diese ankommen werden.

Herr Waßmann weist auf die Schwierigkeit hin, dass die Familienzuzüge nur zum Teil auf die Quote angerechnet werden, je nachdem welchen Statuts die Asylsuchenden haben. Hier sei eine Nachverhandlung mit dem Land notwendig.

Herr Dr. Bakan erkundigt sich, ob die Kosten für angemietete Wohnungen refinanzierbar seien. Herr Waßmann antwortet dazu, dass diese über den Kreis bzw. die Integrationspauschale abgedeckt seien. Er berichtet auf Nachfrage, dass die Integrationspauschale bisher nur für den Januar abgerechnet sei.



Frau Spangenberg berichtet, dass sie dem Wedel-Schulauer-Tageblatt entnommen habe, dass die Personen zukünftig den Kommunen direkt zugewiesen werden sollen. Herr Waßmann bestätigt, dass es Pläne für ein so genanntes Turbo-Asyl gebe. Innerhalb von 48 Std solle dann über einen Antrag entschieden werden. Es sei aber alles noch sehr unklar und die Kommunen haben noch keine Informationen erhalten. Außerdem äußert Frau Spangenberg, dass die Kommunen auch bei der Abschiebung unterstützen sollen; wie dies geschehen solle, sei ebenfalls ungeklärt. Laut Herrn Waßmann sei dies Aufgabe der Ausländerbehörde und damit des Kreises.

Herr Degener wünscht sich eine Information für die Politik in regelmäßigen Zeitabständen. Er weist darauf hin, dass die Situation nicht der normalen Verwaltungsarbeit entspricht und eine große Herausforderung für alle darstelle.

Frau Kautz berichtet, dass in Wedel ein Gerücht bezüglich des Hauses Sonnenschein kursiert und fragt, ob folgende Behauptungen der Wahrheit entsprächen: Die Stadt soll dem Vermieter für jede untergebrachte Person 450,-€ zahlen und hinterher soll das Haus auf Kosten der Stadt saniert werden. Herr Waßmann erklärt, dass diese Behauptungen nicht stimmen. Die Mietkosten werden grundsätzlich so vereinbart, dass sie mit dem Kreis Pinneberg abgerechnet werden und damit refinanziert werden können. Auf keinen Fall saniere die Stadt das Gebäude.

Um 20:19 Uhr beendet Herr Degener den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Gäste sowie die Vertreter der Presse, den Raum zu verlassen.

8.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Herr Degener stellt um 20:21 Uhr die Öffentlichkeit wieder her, berichtet, was im nicht-öffentlichen Teil beraten wurde und schließt die Sitzung. Er dankt allen Anwesenden für die Mitarbeit und das Interesse und wünscht einen guten Heimweg.

Vorsitzende/r

Yvonne Wild
Schriftführer/in

Datum der
Unterschrift

